

nanzieren, überdurchschnittlich häufig zu Referenden. Volksabstimmungen in haushaltspolitischen Bereichen haben einen eingebauten Trend zur Besitzstandswahrung der Besitzenden gegenüber den einkommensschwachen Schichten. Sowohl die Beteiligungslogik wie auch die empirische Forschung deuten auf eine Privilegierung des Partikular- gegenüber dem Gemeinwohl hin. Die Volksabstimmung in Hamburg zur Schulgliederung hat noch einmal die Dominanz der gutsituierten Bürger und ihrem unverhohlenen Interesse an der Privilegienwahrung auch hierzulande deutlich gemacht. Auch im Schwabenland hat sich der Bürgerprotest vor allem an den »überzogenen« Kosten entzündet.

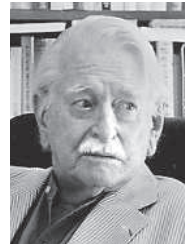
Es soll kein Zweifel aufkommen: Referenden können eine vitalisierende Komplementärwirkung auf die repräsentativen Demokratien von Flächenstaaten entfalten. Ihre legitimierende Funktion soll nicht ver-

schwiegen werden. Doch die vier »Paradoxa« entzaubern etwas die basisdemokratischen Erwartungen der Befürworter direktdemokratischer Verfahren. Sie sind nicht die üblichen konservativen Einwände gegen die Unsicherheit von Volksabstimmungen und ihre angeblich destabilisierenden Wirkungen. Es ist vielmehr die Perspektive des unteren Drittels unserer Gesellschaft. So paradox es auch klingen mag: dessen Interessen sind in repräsentativen Institutionen besser aufgehoben als in Entscheidungen, die »das Volk« trifft. Denn wer in Volksentscheiden vor allem initiiert und abstimmt, ist nicht ein repräsentativer Querschnitt oder gar »das Volk« selbst. Beides ist eine Fiktion. Sie kann weder mit der Logik noch der Empirie von Volksabstimmungen beglaubigt werden. Referendumsbefürworter müssen solche Einwände ernst nehmen. Insbesondere, wenn sie aus dem linken Lager kommen.

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Bürger-Demokratie und die Sklaven der Demoskopie

Gut, sollen die Bürger von Stuttgart in einer Volksabstimmung die Chance haben, ihr Urteil über »Stuttgart 21« zu fällen. Kann es verbindlich sein? Kann es die demokratisch legitimen Verfahren, in denen das gigantische Projekt ordnungsgemäß beschlossen wurde, kurzerhand außer Kraft setzen? Wir hören das Bundesverfassungsgericht hüsteln. Vielleicht fände ein Kompromiss Gnade vor den Karlsruher Damen und Herren? Eine Korrektur der gesetzlich verankerten Planung, die den neuen Einsichten über die Gefahren des Unternehmens, die technische Machbarkeit, die drohenden Umweltschäden, den Respekt vor der historisch bedeutenden Architektur, die tatsächlichen finanziellen Belastungen entspreche? Bis dahin freilich Baustop.



Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Berater von Willy Brandt. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff. Im Februar erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.

Die Selbstkorrektur der parlamentarischen Gremien brauchte ihre Zeit. Das wäre das geringste Opfer. Und womöglich die gerechte Strafe für das Versäumnis einer gründlichen Aufklärung der Bürger, ehe die Abgeordneten in Stadt und Land ihre Entscheidungen trafen. Diesen Mangel haben sich alle beteiligten Parteien vorzuwerfen, doch vor allem jene, die plötz-

lich lautstark den Bürgerentscheid verlangten. Ein selbstkritisches Wort stünde den schwäbischen Sozialdemokraten und den Grünen gut an. Freilich, auch die wachen Bürger hätten ihren Widerstand mobilisieren müssen, ehe der Prozess der Verabschiedung sein Ziel erreicht hatte. Damals schon hätte es die öffentliche Anhörung und die freie Debatte gebraucht, der sich die Verantwortlichen schließlich dank Heiner Geißlers Vermittlung vor Publikum und Fernsehkameras stellten.

Das Stuttgarter Beispiel der öffentlichen Anhörung sollte bei Projekten von solcher Dimension Schule machen, zumal wenn sie das Bild und den Charakter einer Stadt oder einer Landschaft verändern. Es kann nur gut sein, wenn Bürgerinitiativen die Gesetzgeber aus ihrer Routine – und damit der Selbstgewissheit ihrer Macht – immer wieder durch ihre lärmende Neugier aufschrecken. Eine vitale Demokratie braucht die Überraschungen – und kann sie ertragen. Die Parteien tragen zur demokratischen Willensbildung bei, sagt das Grundgesetz. Die Verfassungsväter und -mütter sprachen ihnen kein Monopol zu. Das schienen ihre Funktionärskorps zeitweise vergessen zu haben. In ihrem naiven Allmachtsgefühl überschritten sie gern ihre Kompetenz, zum Beispiel mit ihren Kontroll-Ansprüchen gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien. Auch eine Folge der Expansion, die in den Augen vieler Wähler keineswegs durch Leistungen gerechtfertigt war: der rapide Schwund der Mitgliederzahlen, der sich nur durch die Öffnung ihrer Organisationen für engagierte Bürger ausgleichen lässt – zumal bei der Wahl der Kandidaten, für die Amerikas *primaries* ein Vorbild sind.

Der Souverän ermüdet rasch

Das Grundgesetz hat, durch die Erfahrungen der Republik von Weimar gewarnt, dem Volksentscheid wenig Raum gelassen.

Inzwischen ist Fritz René Allemanns These, dass »Bonn (auch Berlin) nicht Weimar« sein würde, überzeugend bestätigt worden. Es ist nicht einzusehen, warum der Bundespräsident nicht direkt vom Volk gewählt werden darf. Eine Konkurrenz à la »Hindenburg – Hitler – Thälmann« ist kaum mehr denkbar. Hätten sich die großen Parteien rechtzeitig für eine Änderung der Verfassung entschieden, wäre den Deutschen statt des freundlich bemühten Beamten Horst Köhler von Merckels und Westerwelles Gnaden vielleicht zunächst eine Bundespräsidentin beschert worden, und im Schloss Bellevue residierte heute der Pastor Gauck.

Zum anderen: Wären die großen Entscheidungen über die Stationen des Weges zur Europäischen Union und zum Euro dem Volk übergeben worden, dann gäbe es kein Europa. Dies gälte vermutlich auch für die Revision des Staatsbürgerschaftsrechtes, das zuvor vom verlogenen Mythos der »Volkszugehörigkeit« abhängig war – und vieles mehr. Die direkte Mitsprache der Bürger über die Parteien hinweg, ja auch gegen die Parteien kann und soll – zumal im Bereich der Gemeinden, der Regionen, auch der Länder – den Staat und seine Gesellschaft beleben. Wir werden dennoch keine Schweizer Verhältnisse schaffen. Ein Land in der Größenordnung der Bundesrepublik Deutschland wäre ohne die »repräsentative Demokratie« unregierbar. Das Volk ist der Souverän. Aber die Erfahrung sagt, dass Seine Hoheit, der Souverän, nicht zu oft bemüht werden sollte. Er ermüdet rasch. Er reagiert gereizt, wenn er unentwegt aufgestört wird.

Die Repräsentanten – die so genannten – der repräsentativen Demokratie sind ohnedies einer permanenten Prüfung unterworfen: durch die Demoskopie, die Tag und Nacht am Werke ist, die Meinung des Souveräns, nämlich des Volkes, zu sämtlichen Problemen zu erkunden, ihre Popularität zu testen, ihren Effekt für das Urteil der Bürger über die Parteien, die Regie-

rung, die Kanzler, die Minister, die Oppositionschefs anzuzeigen. Es ließe sich behaupten, dass die Industrie der Meinungsforschung die Medien als vierte Macht im Staate abgelöst hat – die sie zum anderen braucht, das versteht sich, weil ohne das Fernsehen, das Internet, das Radio, die Zeitungen eine Meinungsbildung nicht möglich wäre. Denn sie lassen die Bürger wissen, was »die dort oben« treiben, was sie zuwege bringen und was nicht, und was überhaupt in der Welt vor sich geht. Sie formen, kein Zweifel, auch das Urteil der Zuschauer, Zuhörer und Leser voraus. Die Demoskopie nimmt die Urteile auf, prüft sie an ihrem »repräsentativen Querschnitt« und strahlt sie prompt zu den politischen Operateuren zurück. Durch ihre Veröffentlichung aber machen sich die Ergebnisse der Befragungen in gewisser Weise vom Forschungspersonal unabhängig: die Bekanntgabe am Schirm, durch die Lektüre im Internet oder schwarz auf weiß in der Zeitung verstärkt sich automatisch der angezeigte Trend. Wenn den Bürgern signalisiert wird, was die Mehrheit von einer Sache meint und von einer Person denkt: Dann ist die Versuchung nahezu unwiderstehlich, sich flugs der Majorität anzuschließen – und der Schneeball rollt.

Dies ist die Gefahr der demoskopischen Demokratie: Sie verlockt auch die Verantwortlichen, sich der Stimmung der Majorität anzupassen, ihre Rhetorik zum Echo der sogenannten Volksmeinung degenerieren zu lassen, ihr Handeln an den Reaktionen der Mehrheit zu orientieren – und ihr Nichthandeln auch. Denn immer wartet eine Wahl hinter der nächsten Ecke. Die Wahl aber gilt als der einzige Tauglichkeitsbefund, den die Parteien und die Medien respektieren.

Es ist paradox: Ein Demokrat, der den Namen verdient, muss dazu fähig sein, der Mehrheit die Stirn zu bieten, wenn er anders seiner Überzeugung und seinem Gewissen nicht treu bleiben kann. Ein guter Demokrat muss es ertragen, aus dem Amt

gejagt zu werden, weil er, weil sie nicht bereit sind, ihr Gewissen und die Einsichten ihrer Vernunft zu opfern. Gute Demokraten kämpfen darum, für ihre Minderheitsmeinung in der Partei und im Volk eine Mehrheit zu erobern. So trat einst Willy Brandt an. Er hat sich der Demoskopie niemals versklavt. Darum wurde er, was er war.